

## **Niederschrift**

über die 42. Sitzung (öffentlicher Teil)  
**der Bezirksvertretung Münster-Südost**  
am Dienstag, **04.02.2014**, 17:00 Uhr - 19.08 Uhr,  
Eichendorffschule, Eichendorffstraße 36, 48167 Münster

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Horst Karl Beitelhoff, Peter Bensmann, Dr. Heinrich Hoffschulte, Dr. Michael Klenner, Sabine Möcklinghoff, Martin Peitzmeier, Franz-Josef Ruwe, Renate Sölken

### **von der SPD-Fraktion**

Gabriele Hesse-Ottmann

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Reiner Borchert, Christine Schulz, Lambert Wessels

### **von der FDP-Fraktion**

Willi Schriek, Erwin Schwar

### **Ratsmitglieder des Stadtbezirks**

Heinz Georg Buddenbäumer, Gisela Geschkewitz, Mathias Kersting, Andreas Nicklas, Kurt Pölling

### **von der Verwaltung**

Peter Bohn, Gregor Determann, Maria Dirking, Jürgen Kemper, Stefanie Schulte

### **für die Schriftführung**

Karin Groh

### **für die Stenogrammaufnahme**

Rita Tenberge

### **Es fehlte/n:**

Türkan Atalan, Monika Lüpke, Rosika Schirok, Rolf-Dieter Schönlau, Brigitta Schulz

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

- |                           |   |
|---------------------------|---|
|                           | <b>1. Eingänge und Mitteilungen</b>   |
|                           | <b>2. Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen</b>   |
| <u>V/0004/2014</u><br>I   | 2.1. Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen   |
|                           | <b>3. Anhörungen</b>  |
| <u>V/0049/2014</u><br>I   | 3.1. Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster   |
| <u>V/0983/2013</u><br>II  | 3.2. Weiterentwicklung Bürgerhaushalt - Eckpunkte des Verfahrens Bürgerhaushalt 2014  |
| <u>V/0872/2013</u><br>V   | 3.3. Weitere Umsetzung des Unterbringungskonzeptes für Flüchtlinge in Münster   |
| <u>V/0956/2013</u><br>V   | 3.4. Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen  |
| <u>V/0925/2013</u><br>III | 3.5. 1. 52. Änderung des Flächennutzungsplans im Stadtbezirk Südost im Stadtteil Wolbeck im Bereich Am Steintor / Petersheide / Petersdamm<br>Beschluss zur Änderung<br>2. Bebauungsplan Nr. 509: Wolbeck - Am Steintor / Petersheide / Petersdamm<br>Beschluss zur Aufstellung |
|                           | <b>4. Berichte</b>  |
|                           | 4.1. Konversion York-Kaserne - Architektenwettbewerb -  |
| <u>V/0884/2013</u><br>III | 4.2. Geplante Veranlagungen in 2014 zu Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und Straßenbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) im Bereich der Bezirksvertretung Münster-Südost   |
| <u>V/0946/2013</u><br>III | 4.3. Ergebnisbericht zum Einplanungsgespräch über die Zuschussmaßnahmen nach den Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßen- und Radwegebaus ab 2014  |
|                           | <b>5. Anträge/Anregungen</b>  |

A-S/0001/2014

|

5.1. Zugang zur neuen DRK-Kita Gremmendorf

**6. Stellungnahme zu Anregungen/Anträgen**6.1. Zugang zu Spielplätzen  
- Prüfauftrag aus der Sitzung vom 15.10.2013  
A-S/0013/20126.2. Erstellung eines Planungskonzepts für den Stadtteil  
Angelmodde  
A-S/0015/20136.3. Neuer Fuß- und Radweg zwischen Silberbrink und  
Münsterstraße  
A-S/0017/20136.4. Höhere Priorisierung der Instandsetzungsmaßnahmen  
"Sanierung der WC- und Duschanlagen in der Drei-  
fachsporthalle" im Schulzentrum Wolbeck und mögli-  
ches Vorziehen der Maßnahme  
- Prüfauftrag aus der Sitzung vom 03.12.2013 -A-S/0028/2013

|

6.5. Gedenktafel Loddenheide - Dalai Lama

A-S/0029/2013

|

6.6. Zusätzliche Fahrradabstellanlage für die Bushaltestelle  
"Erbdrostenweg"**7. Anfragen****8. Verschiedenes**

Herr Dr. Klenner eröffnete die 42. Sitzung der Bezirksvertretung Münster-Südost. Er begrüßte die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die Vertreter der Presse, die Mitglieder der Verwaltung, die anwesenden Ratsmitglieder und die Mitglieder der Bezirksvertretung Münster-Südost.

Herr Dr. Klenner stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung Münster-Südost fest.

**Punkt 1 der Tagesordnung****Eingänge und Mitteilungen**

Herr Dr. Klenner gab bekannt:

- den Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung vom 03.02.2014 „Bereitstellen einer städtischen Fläche zur Errichtung eines Bouleplatzes“
- das Jahresprogramm 2014 der KAB St. Ida Gremmendorf in der katholischen Pfarrei St. Nikolaus

- eine an den Rat der Stadt Münster gerichtete Anregung nach § 24 GO, die nachrichtlich auch an die Bezirksvertretung ging
- die Stellungnahme des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz zum CDU-Antrag zur Vorlage V/0711/2013 vom 12.11.2013 „Prüfauftrag Grabkammern“
- die Zwischenmitteilung des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung zum FDP-Antrag A-S-0009/2012 vom 23.04.2012 „Kreisverkehr vor der jetzigen Einfahrt York-Kaserne“
- die Zwischenmitteilung des für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung zu den SPD-Anträgen A-S-0011/2013, A-S-0012/2013 vom 19.06.2013 „Aufwertung der Bushaltestelle Am Hohen Ufer“
- ein Schreiben des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung vom 30.01.2014 „Konversion York-Kaserne: Einladung Bürgerversammlung zur ersten Stufe des städtebaulichen-freiraumplanerischen Wettbewerbs am 25. Februar 2014“

<b>Punkt 2 der Tagesordnung</b>	<b>Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen</b>
---------------------------------	--

<b>Punkt 2.1 der Tagesordnung V/0004/2014</b>	<b>Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen</b>
---	---

Die Bezirksvertretung nahm die Vorlage V/0004/2014 zur Kenntnis.

<b>Punkt 3 der Tagesordnung</b>	<b>Anhörungen</b>
---------------------------------	-------------------

<b>Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0049/2014</b>	<b>Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster</b>
---	---

Im Verlauf der Beratung gab die CDU-Fraktion Folgendes zu Protokoll:

„In § 14 der Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster ist u.a. der Ausschluss vom Marktverkehr geregelt. Diese Regelung ist gerade für kleinere Märkte im Südosten nicht geeignet. Wenn hier nach zweimaligem Nichterscheinen ausgeschlossen wird, wird der Markt derart minimiert, dass er möglicherweise ganz eingestellt wird. Auch liegt bei kleineren Märkten kein Doppelangebot (mehrere Metzger, mehrere Bäcker, usw.) vor, sondern es sind jeweils nur einzelne Anbieter.“

Unter der o.g. Voraussetzung bitten wir, die Satzung für kleine Märkte entsprechend anzupassen und erwarten von der Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag.“

Die FDP-Fraktion gab Folgendes zu Protokoll:

„Die FDP bittet die Verwaltung, den Beschickern und Besuchern des Wochenmarktes in Gremendorf, eine geöffnete Toilettenanlage, z.B. in der nahe liegenden Sporthalle, zur Verfügung zu stellen.“

Herr Schriek brachte für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag ein und begründete ihn:

„Die Bezirksvertretung Südost möge beschließen:

## 1. Die Sachentscheidung wird wie folgt ergänzt:

Die Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster (Anlage 1) wird **mit folgenden Änderungen** beschlossen. Gleichzeitig wird die Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster vom 22.09.2005 (Anlage 2) aufgehoben.

## 2. Die neue Satzung (Anlage 1) wird wie folgt geändert:

- § 10 „Verhalten auf den Marktplätzen“ lfd. Nr. 2  
Insbesondere ist es unzulässig, (.....)  
Werbematerial **für Produkte und kommerzielle Veranstaltungen** auf den Märkten zu verteilen, auszulegen oder auf sonstige Art und Weise zugänglich zu machen;
- § 11 „Marktausweise; Verkehrsregelungen auf den Marktplätzen“, letzter Satz (....)  
Ausnahmen von diesen ~~Verboten~~ **Bestimmungen** kann die Marktaufsicht in Einzelfällen zulassen. “

Dieser Antrag wurde bei 2 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) einstimmig angenommen.

Sodann beschloss die Bezirksvertretung die Vorlage V/0049/2014 bei 3 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) einstimmig in der geänderten Fassung:

„I. Sachentscheidung:

1. Die Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster (Anlage 1) wird **mit folgenden Änderungen** beschlossen. Gleichzeitig wird die Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster vom 22.09.2005 (Anlage 2) aufgehoben.

## 2. Die neue Satzung (Anlage 1) wird wie folgt geändert:

- § 10 „Verhalten auf den Marktplätzen“ lfd. Nr. 2  
Insbesondere ist es unzulässig, (.....)  
Werbematerial für Produkte und kommerzielle Veranstaltungen auf den Märkten zu verteilen, auszulegen oder auf sonstige Art und Weise zugänglich zu machen;
- § 11 „Marktausweise; Verkehrsregelungen auf den Marktplätzen“, letzter Satz (....) Ausnahmen von diesen ~~Verboten~~ Bestimmungen kann die Marktaufsicht in Einzelfällen zulassen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.“

**Punkt 3.2 der Tagesordnung  
V/0983/2013**

**Weiterentwicklung Bürgerhaushalt - Eckpunkte des  
Verfahrens Bürgerhaushalt 2014**

Der Verlauf der bisherigen Beratung der Vorlage lag allen Mitgliedern vor.

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig bei einer Enthaltung (SPD), dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die Empfehlungen des Beirats für die Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltsverfahrens (Anlage 1) zur Kenntnis. Zum Zyklus des Bürgerhaushaltsverfahrens wird auf die Vorlage V/0709/2013 verwiesen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Feinkonzeption des Verfahrens für das Jahr 2014 auf der Grundlage der Beiratsempfehlungen vorzunehmen und – entsprechend dem 2011 und 2012 praktizierten Verfahren – zum Beirat rückzukoppeln.
3. Für das Bürgerhaushaltsverfahren 2014 wird der in der Begründung dargestellte Zeitplan zugrunde gelegt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Zur Durchführung des Bürgerhaushalts 2014 stehen im Haushaltsplan 2014 Mittel in Höhe von 35.000 Euro zur Verfügung:

<b>Teilergebnisplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	0109	Finanz- und Beteiligungsmanagement			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2014	35.000	

Das zur Verfügung stehende Budget wird verwendet für:

- die externe Moderation der Internetplattform,
- die Durchführung der Vor-Ort-Veranstaltungen und Wochenmarktstände,
- die Erstellung von Broschüren und gegebenenfalls weiteren Materialien,
- die Durchführung der schriftlichen Umfrage,
- Maßnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.“

**Punkt 3.3 der Tagesordnung  
V/0872/2013**

**Weitere Umsetzung des Unterbringungskonzeptes  
für Flüchtlinge in Münster**

Der Verlauf der bisherigen Beratung der Vorlage lag allen Mitgliedern vor.

Herr Nicklas bat die Verwaltung darum, in der nächsten Sitzung zum Betreuungskonzept insbesondere unter dem Aspekt der Einbindung Ehrenamtlicher zu berichten.

Die FDP-Fraktion gab Folgendes zu Protokoll:

„Die FDP stimmt der Vorlage zu, weil sie davon ausgeht, dass die Sachentscheidung Nr. 5 nicht dazu ermächtigt, an einem Standort die Höchstgrenze von 50 Personen zu überschreiten.“

Sodann beschloss die Bezirksvertretung einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Nach Entscheidung des Rates zu den Vorlagen 731/00, 731/00/E1 und 167/01, 167/01/E1 sind im Stadtgebiet entsprechend dem Bedarf Flüchtlingseinrichtungen zu errichten. Der Bedarf orientiert sich an den Zuzügen von Flüchtlingen und der Auslastung der vorhandenen Unterbringungskapazitäten.

2. Auf der dafür vorgesehenen Fläche in Sprakel, Nördlich Landwehr (östlicher Teilbereich), soll nach dem bestehenden Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen eine Einrichtung für max. 50 Flüchtlinge errichtet werden. Die Baumaßnahme wird durch die Wohn + Stadtbau GmbH hinsichtlich Grunderwerb, Errichtung und Mietkonditionen ausgeschrieben und bis zur schlüsselfertigen Übergabe betreut. Die Stadt Münster wird die von dem Investor errichtete Einrichtung nach Fertigstellung anmieten.
3. Auf der dafür vorgesehenen Fläche in Gelmer, Schornheide, neben dem Tennisplatz, soll nach dem bestehenden Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen eine Einrichtung für max. 45 Personen errichtet werden. Die Flüchtlingseinrichtung soll durch die Wohn + Stadtbau GmbH erstellt und nach Fertigstellung des Gebäudes an die Stadt Münster vermietet werden.
4. Die Wohnhäuser Heidestraße Nr. 8-10 in Angelmannde werden durch die Stadt Münster von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) angekauft und zur Unterbringung von ca. 50 Flüchtlingen hergerichtet. Der Standort Heidestraße ersetzt den 2000/2001 festgelegten Standort im Stadtgebiet Südost am Biederlackweg, der nicht realisierbar ist. Hiermit wird die sozialräumliche Verteilung (Vorlage 731/00 ff.) zwischen den Stadtbezirken eingehalten.
5. Das Gebäude der DB Netz an der Schaumburgstraße 13 in Münster-Mitte soll als Ersatzstandort für die bestehende Einrichtung an der Friedrich-Ebert-Straße 1 zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden. Das Gebäude der DB Netz soll durch die Stadt Münster erworben und bis zum Erwerb angemietet werden. Sobald ausreichend Unterbringungskapazitäten vorhanden sind, wird das Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 1 als Unterbringungsmöglichkeit für Flüchtlinge aufgelöst. Der zweite Gebäudeteil des Gebäudes der DB Netz, mit separatem Eingang zur Johanniterstraße, soll zur Unterbringung von alleinstehenden Wohnungslosen genutzt werden. In Absprache mit der Bischof-Hermann-Stiftung, die das Haus der Wohnungslosenhilfe in Münster als Träger führt, wird die Einrichtung vom ehemaligen HUK-Gebäude an der Friedrich-Ebert-Straße zur Johanniterstraße verlegt. Dies wird in einer gesonderten Vorlage dem Rat und den zuständigen Fachausschüssen vorgelegt.
6. Soweit begründet von den Gebäudeleitlinien (V/0505/2012) abgewichen werden soll, ist dies in die entsprechenden Ausschreibungen mit aufzunehmen. Es ist beabsichtigt, bei der Auswahl der Fenster keine Materialeinschränkungen vorzugeben, Ausnahme: Tropenholzverzicht.

## **II. Finanzielle Auswirkungen:**

Kosten und Folgekosten:

Die Miet- und Betriebskosten – einschließlich der Kosten für die persönliche Betreuung der Flüchtlinge sowie die hausmeisterischen Tätigkeiten – der neuen Einrichtungen sind Gegenstand der konkreten Planung und der einzelnen Beschlüsse, die in der Folge von den zu beteiligenden Gremien zu fassen sind.

Zu 2. - 3.: Die Verwaltung beabsichtigt, diese Einrichtungen nicht selbst zu errichten, sondern wie in der Vergangenheit bauen zu lassen und anschließend anzumieten. Zu diesem Zweck sollen die Liegenschaften von den Wohnungsbauträgern erworben werden.

Zu 4. - 5.: Die Kosten für den Ankauf und die Herrichtung der Gebäude an der Heidestraße sowie an der Schaumburgstraße sind dem Rat in einer gesonderten Vorlage vorzulegen.

#### Mittelbereitstellung/Finanzierung

Investitionskosten fallen für die Standorte in Sprakel und Gelmer nicht an und sind deshalb weder im Haushalt noch in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Die Finanzierung der später anstehenden Ankaufskosten für die Gebäude im Bezirk Südost, Heidestraße 8 – 10, und im Bezirk Mitte, Schaumburgstraße 13, sowie die Miet- und Betriebskosten werden in einer gesonderten Vorlage dargestellt.“

#### **Punkt 3.4 der Tagesordnung V/0956/2013**

#### **Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen**

Der Verlauf der bisherigen Beratung der Vorlage lag allen Mitgliedern vor.

Für die CDU-Fraktion gab Herr Ruwe zu Protokoll:

" Unter dem Punkt I (Sachentscheidung), Unterpunkt 2, führt die Verwaltung aus, dass zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen (Übergangslösung) im Rahmen der Konversion frei gewordene Wohnstandorte genutzt werden sollen. Hierzu wird angemerkt: "Deren Nutzung ist zeitlich auf maximal drei Jahre befristet".

Wir fordern die Verwaltung auf sicherzustellen, dass nach Ablauf dieser drei Jahre die in diesen Häusern wohnenden Flüchtlinge nur in eine gleichwertige, möglichst verbesserte Wohnsituation kommen, dass gewachsene soziale Bindungen durch einen Umzug nicht zerstört werden und dass insbesondere Kindergartenkinder und Schülerinnen und Schüler durch einen Umzug nicht den Kindergarten oder ihre Schule wechseln müssen. Insofern halten wir es für wenig ratsam, den Eindruck zu erwecken, als könne eine maximale Nutzungsfrist eine handlungsleitende Vorgabe sein.“

Frau Hesse-Ottmann beantragte für die SPD-Fraktion, die Vorlage in der Fassung der Änderung durch den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung sowie des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung zu beschließen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Sodann beschloss die Bezirksvertretung einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages in folgender geänderten Fassung zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster hält auch angesichts steigender Flüchtlingszahlen und der gerade wegen der angespannten Lage am münsterschen Wohnungsmarkt bestehenden großen Schwierigkeiten einer Versorgung der Flüchtlinge mit angemessenem Wohnraum an dem Grundsatz einer sozialverträglichen Verteilung der Integrationsaufgaben über das Stadtgebiet fest.
2. Neben festen Flüchtlingseinrichtungen müssen in einer Übergangszeit für die Unterbringung von Flüchtlingen Überbrückungslösungen geschaffen werden. Hierzu wird auch auf einzelne im Rahmen der Konversion freigewordene Wohnstandorte zurückgegriffen. Deren Nutzung ist zeitlich auf maximal drei Jahre befristet und soll je Standort nicht mehr als ca. 40 Personen dienen.



3. Der Rat erkennt an, dass die hiervon betroffenen Stadtteile jedenfalls vorübergehend eine erhöhte Integrationsaufgabe tragen.
4. Neben den Übergangsnutzungen am Borghorstweg, an der von-Esmarch-Straße und am Hoher Heckenweg sind weitere Entlastungen der Übergangseinrichtungen erforderlich. Um die Bemühungen der Verwaltung zu unterstützen, u. a. nicht in Flüchtlingseinrichtungen residenzpflichtigen Familien Wohnraum auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt zu verschaffen, wird die Verwaltung beauftragt, Verhandlungen mit der BImA über den Ankauf von Gebäuden im Bereich Gronauweg/Bentheimweg im Rahmen des Erstzugriffs zu führen.
5. Bei weiterhin steigenden Flüchtlingszahlen werden die unter Nr. 2 und Nr. 4 beschriebenen Übergangslösungen nicht ausreichen, um der kommunalen Unterbringungsverpflichtung gerecht zu werden. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für diesen Fall weitere Beschlüsse erforderlich werden. Das kann bedeuten, dass in zu beschließenden Einzelfällen die unter Nr. 2 genannten Grenzen überschritten werden. Wegen der erheblichen Schwierigkeiten, Übergangsquartiere zu akquirieren, und des großen zeitlichen Vorlaufs für die Errichtung neuer Einrichtungen oder auch nur von Containerbauten wird es zunehmend wahrscheinlich, dass im Rahmen der Notfallversorgung Maßnahmen zur Unterbringung einer deutlich größeren Anzahl von Menschen ergriffen werden müssen. **Hierbei tut die Verwaltung alles, um Turnhallenlösungen zu vermeiden. Falls dennoch Flüchtlinge in Turnhallen untergebracht werden müssen, legt die Verwaltung der Politik vorher einen entsprechenden Beschlussvorschlag vor.**
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass zur Bewältigung der gestiegenen Flüchtlingszahlen im Jahr 2014 unter Zugrundelegung der aktuellen Flüchtlingszahlen zusätzliches Personal benötigt und eingesetzt wird:
  - 0,50 Stelle EGr. 10 im Amt für Immobilienmanagement zur Beschaffung/Anmietung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten
  - 2,4 Stellen EGr. S 12 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) für die sozialarbeiterische Betreuung
  - 2,9 Stellen EGr. 4 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) für Hauswarte
  - bis zu 1,50 Stelle EGr. 8 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) zur wirtschaftlichen Betreuung der Unterbringungen

**Die Stellen werden zunächst mit einer Befristung von 2 Jahren ausgeschrieben.** Zum Stellenplan 2015 wird die Verwaltung für den dauerhaften Bedarf auf Basis der dann vorliegenden Flüchtlingszahlen Stellenvermehrungen vorschlagen.
7. **Die Verwaltung prüft den Sprachförderungsbedarf und macht den Betroffenen ein entsprechendes Sprachförderangebot.**

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Miet- und Betriebskosten der neu hinzukommenden Einrichtungen sind Gegenstand der konkreten Planung und der einzelnen Beschlüsse, die in der Folge von den beteiligten Gremien zu fassen sind.

Die zusätzlichen Personalaufwendungen für 2014 sind nachfolgend aufgeführt.

<b>Teilergebnisplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014	32.300	0,5 Stelle EGr 10
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014	177.888	3,4 Stellen S 12
	11		2014	123.981	3,3 Stellen EGr. 4
	11		2014	73.905	1,5 Stellen TVöD EGr 8

Die zusätzlichen Personalaufwendungen werden so weit wie möglich innerhalb des Personalbudgets gedeckt. Sofern dies nicht gelingt, sind die Mittel über einen Nachtragshaushalt oder zum Ende des Jahres überplanmäßig bereitzustellen.“

**Punkt 3.5 der Tagesordnung  
V/0925/2013**

**1. 52. Änderung des Flächennutzungsplans im Stadtbezirk Südost im Stadtteil Wolbeck im Bereich Am Steintor / Petersheide / Petersdamm  
Beschluss zur Änderung  
2. Bebauungsplan Nr. 509: Wolbeck - Am Steintor / Petersheide / Petersdamm  
Beschluss zur Aufstellung**

Herr Dr. Hoffschulte bat die Verwaltung, künftige Änderungen im Flächennutzungsplan und Bebauungsplan getrennt voneinander vorzulegen.

Die FDP-Fraktion gab folgende Erklärung zu Protokoll:

„Die FDP erwartet, dass im aufzustellenden Bebauungsplan die Interessen des Gewerbebetriebs Roer beachtet werden, die Erschließung des Gebietes auch über die Straße Am Steintor erfolgt, die Anregungen der Bürgerinitiative Lancier geprüft, der geförderte Wohnungsbau berücksichtigt wird.“

Nach Sitzungsunterbrechung von 18:00 – 18:02 Uhr beschloss die Bezirksvertretung einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Flächennutzungsplan ist gemäß §§ 2 (1) und 1 (8) Baugesetzbuch (BauGB) im Stadtbezirk Südost im Stadtteil Wolbeck im Bereich Am Steintor / Petersheide / Petersdamm zu ändern.
2. Für den Bereich Wolbeck – Am Steintor / Petersheide / Petersdamm ist gemäß § 2 (1) BauGB ein Bebauungsplan zur Festsetzung von Art und Maß der baulichen Nutzung, der überbaubaren Grundstücksflächen und der Verkehrsflächen aufzustellen.

Innerhalb dieses Gebietes liegen folgende Grundstücke:

Gemarkung Wolbeck-Stadt, Flur 1,

Flurstücke 275, 362, 366, 368, 433, 443, 486, 488, 491, 493, 849, 850, 851, 852, 853, 993, 994, 995, 2532, 2710, 2712, 2713, 2714, 2715, 2716, 2717, 2753, 3138, 3139, 3140, 3220, 3412, 3413, 3414, 3415, 3416, Teile der Flurstücke 1189, 1205, 1206;

Gemarkung Wolbeck-Kirchspiel, Flur 12,

Flurstücke 93, 94, 96, 97, 98, 99, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 122, 125, 127, 132, 133, 134, 135, 136, 634, 635, 636, 2343, 2344, Teil des Flurstücks 118.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Beschlüsse zur Änderung bzw. Aufstellung der Bauleitpläne entstehen der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten.“

<b>Punkt 4 der Tagesordnung</b>	<b>Berichte</b>
---------------------------------	-----------------

<b>Punkt 4.1 der Tagesordnung</b>	<b>Konversion York-Kaserne - Architektenwettbewerb</b>
-----------------------------------	--

Frau Schulte von Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung berichtete über den aktuellen Stand des städtebaulich–freiraumplanerischen Wettbewerbs zur Entwicklung des Standorts „York-Kaserne“ und lud die Mitglieder ein zur Bürgerversammlung am 25. Februar. Sie beantwortete ausführlich die Fragen der Mitglieder.

Es erhob sich eine Diskussion insbesondere darüber, ob die Einplanung von Kreisverkehren ausgeschlossen und damit ein Ratsbeschluss missachtet wurde. Die Bezirksvertretung kritisierte ausdrücklich, dass im Auslobungstext zum Wettbewerb Kreisverkehre augenscheinlich ausgeschlossen wurden.

Im Übrigen wurde der Bericht zur Kenntnis genommen.

<b>Punkt 4.2 der Tagesordnung V/0884/2013</b>	<b>Geplante Veranlagungen in 2014 zu Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und Straßenbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) im Bereich der Bezirksvertretung Münster-Südost</b>
---	---

Die Bezirksvertretung nahm den Bericht zur Kenntnis.

<b>Punkt 4.3 der Tagesordnung V/0946/2013</b>	<b>Ergebnisbericht zum Einplanungsgespräch über die Zuschussmaßnahmen nach den Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßen- und Radwegbaus ab 2014</b>
---	---

Die Bezirksvertretung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 5 der Tagesordnung****Anträge/Anregungen****Punkt 5.1 der Tagesordnung  
A-S/0001/2014****Zugang zur neuen DRK-Kita Gremmendorf**

Der Antrag 01/2014 der SPD-Fraktion vom 07.01.2014 wurde eingebracht:

**„Zugang zur neuen DRK-Kita Gremmendorf:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die neue DRK-Kita in Gremmendorf auf dem Gelände der ehemaligen York-Kaserne eine neue Zufahrtsituation (z.B. über eine Öffnung im nördlichen Teil des früheren Naafi Shops) geschaffen werden kann.“

Zu diesem Antrag lag bereits die Zwischenmitteilung des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung vor.

**Punkt 6 der Tagesordnung****Stellungnahme zu Anregungen/Anträgen****Punkt 6.1 der Tagesordnung****Zugang zu Spielplätzen  
- Prüfauftrag aus der Sitzung vom 15.10.2013  
A-S/0013/2012**

Die Stellungnahme des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz zum Antrag der FDP-Fraktion Nr. A-S/0013/2012 lag allen Mitgliedern vor.

Die SPD-Fraktion beantragte:

**„Barrierefreie Zugänge zu den Spielplätzen**

Die Verwaltung wird beauftragt, bereits im Jahr 2014 Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass alle Spielplätze in Münster Südost zumindest über einen Zugang barrierefrei erreichbar sind. Gemäß Auflistung der Stadtverwaltung handelt es sich um die Spielplätze: Am Lütkebach, Boelestraße, Buxtrup, Dirk-von-Merveldt-Straße und von-Holte-Straße.

Die dafür erforderlichen Mittel sind aus dem Haushalt der Bezirksvertretung Münster Südost bereitzustellen.“

Des Weiteren lag vor ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 01.02.2014:

**„Barrierefreier Zugang zu Spielplätzen in Münster-Südost**

Bezug: Anträge A-S/0013/2012 vom 22.05.2012 und geänderte Fassung vom 15.10.2013

Die in der Antwort der Verwaltung zu diesen Prüfaufträgen vorgeschlagenen Umbaumaßnahmen der Zugänge an Spielplätzen sollen in 2014 getätigt und aus den frei verfügbaren Mitteln der Bezirksvertretung finanziert werden.“

Nach Diskussion schlug Herr Dr. Klenner vor, beide Anträge zu einem gemeinsamen Antrag zusammen zu fassen. Die SPD schloss sich sodann dem Antrag von FDP und CDU an. Es lag nunmehr ein interfraktioneller Antrag von SPD, FDP und CDU vor, der von der Bezirksvertretung einstimmig angenommen wurde.

Die Bezirksvertretung beschloss somit einstimmig:

Die in der Antwort der Verwaltung zu diesen Prüfaufträgen vorgeschlagenen Umbaumaßnahmen der Zugänge an Spielplätzen sollen in 2014 getätigt und aus den frei verfügbaren Mitteln der Bezirksvertretung finanziert werden.

## **Punkt 6.2 der Tagesordnung**

## **Erstellung eines Planungskonzepts für den Stadtteil Angelmodde A-S/0015/2013**

Frau Dirking vom Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsentwicklung erläuterte die allen Mitgliedern vorliegende Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion Nr. A-S/0015/2013 vom 20.06.2013 und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Für die CDU-Fraktion gab Herr Ruwe zu Protokoll:

„Stellungnahme der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Münster Südost zur Beantwortung des CDU-Antrags A-S/0015/2013

Die Verwaltung schlägt vor, den CDU-Antrag A-S/0015/2013 nicht aufzugreifen.

Zur Begründung führt die Verwaltung die im Antrag genannten Probleme auf und sagt im Großen und Ganzen, dass diese Probleme so gravierender Natur seien, dass ihre Aufarbeitung unmöglich sei.

### **Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:**

Es ist nicht das Anliegen dieses Antrags, alle Probleme Angelmoddes gleichzeitig und in einem kurzen Zeitraum zu lösen. Aber wir hatten uns vom Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung, einem **FACHAMT**, schon mehr versprochen, als die wiederholende Aufzählung der im Antrag genannten Probleme. Das haben wir offensichtlich als Laien auf dem Gebiet der Stadtplanung auch geschafft!

Worum es geht, ist doch, eine Strategie zu entwickeln, in welcher Reihenfolge und mit welcher Schwerpunktsetzung man die einzelnen Aufgaben konsequent angehen kann. Da wäre zunächst einmal eine grundlegende Verbesserung der Wege im Bereich Angelmodde. Als einen ersten Schritt hätte man dazu ja schon einmal unseren Antrag "Maßnahmen am Rad- und Fußweg/landwirtschaftlichen Betriebsweg zwischen den Straßen 'Am Schütthook' und 'Homannstraße' " vom 2. Oktober 2012, eingebracht am 23. Oktober 2012, bearbeiten können.

Auch ein Einzelkonzept, das vorsieht, den Bereich Angelmodde besser für die Naherholung der Münsteraner zu nutzen, ist sicherlich kein Ding der Unmöglichkeit.

Es wäre auch für den Anfang gut gewesen, wenn Vertreter des Fachamtes sich einmal mit Angelmoddern auf eine Erkundung in Angelmodde gemacht hätten. Dann hätte man sich z. B. ein besseres Bild von den Verbesserungsmöglichkeiten rund um das Gleis der WLE machen können.

Man kann hier nicht auf alle Mängel und Unverständlichkeiten der Antwort durch die Verwaltung eingehen, aber völlig inakzeptabel ist es, aus der Problemlage des Ortsteils zu schließen, dass keine Rahmenplanung für Angelmodde erforderlich wäre, wie es auf der Seite 5 der Antwort gesagt wird. Den Kopf angesichts der Probleme in den Sand zu stecken, ist keine Lösung.

### **Wir fordern daher die Stadtverwaltung auf,**

- die Öffentlichkeit und auch Entscheidungsträger mit einem wirklich genauen geographischen Plan von Angelmodde und mit belastbarem, aktuellem Zahlenmaterial zu versorgen,
- die Expertise von Fachleuten, z. B. von einem geographischen Institut an einer Universität, einzuholen,
- konkret anzugeben, welche Schritte zunächst getan werden können und müssen (z. B. Wegeverbindungen, Naherholung, Gestaltung rund um die Gleisanlage der WLE, schnellere

Konkretisierung der Schaffung von Bauland, wo dies umweltverträglich möglich ist – ein entsprechender Antrag liegt vor – )

- die Stärken Angelmoddes auszubauen und zu einem Markenkern zu entwickeln,
- eine Strategie zur Vermeidung von Fehlern bei der zukünftigen Entwicklung Angelmoddes zu entwickeln,
- bei der Entwicklung in benachbarten Ortsteilen auch immer zu überlegen, welche Auswirkungen sich für Angelmodde ergeben könnten, z. B. bei der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit den Gütern des täglichen Bedarfs, bei der der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, bei der bürgernahen Ausstattung mit Bildungs- und Erziehungseinrichtungen.

Es gibt hier oft Anlässe, die Verwaltung für ihre gute Arbeit zu loben. In diesem Fall können wir Ihnen aber leider nur empfehlen, gewissermaßen die "Reset-Taste" zu drücken und noch einmal von vorne zu beginnen.“

Die Bezirksvertretung kritisierte die Ablehnung des Planungskonzepts und formulierte den Wunsch an die Verwaltung, den Stadtteil Angelmodde im Blick zu halten.

<b>Punkt 6.3 der Tagesordnung</b>	<b>Neuer Fuß- und Radweg zwischen Silberbrink und Münsterstraße A-S/0017/2013</b>
-----------------------------------	---

Die Stellungnahme des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung lag vor. Danach ist nach Prüfung der für den Ausbau des Fuß- und Radwegs erforderliche Grunderwerb einer privaten Fläche nicht möglich, da der Eigentümer eine Veräußerung der Fläche aus betrieblichen Gründen ablehnt.

Dem Antrag kann daher nicht gefolgt werden.

<b>Punkt 6.4 der Tagesordnung</b>	<b>Höhere Priorisierung der Instandsetzungsmaßnahmen "Sanierung der WC- und Duschanlagen in der Dreifachsporthalle" im Schulzentrum Wolbeck und mögliches Vorziehen der Maßnahme - Prüfauftrag aus der Sitzung vom 03.12.2013 -</b>
-----------------------------------	---

Es lag die Zwischenmitteilung des Amtes für Immobilienmanagement vor.

<b>Punkt 6.5 der Tagesordnung</b>	<b>Gedenktafel Loddenheide - Dalai Lama A-S/0028/2013</b>
-----------------------------------	---

Die Stellungnahme des Amtes für Immobilienmanagement lag allen Mitgliedern vor.

Herr Bensmann beantragte, die Verwaltung möge einen Kostenvoranschlag für die Variante eines Gedenksteins mit Platte, ähnlich der Darstellung in der Anlage 3 der Stellungnahme, bis zur nächsten Sitzung vorlegen.

Hierzu bestand Einvernehmen.

<b>Punkt 6.6 der Tagesordnung</b>	<b>Zusätzliche Fahrradabstellanlage für die Bushaltestelle "Erbdrostenweg"</b>
-----------------------------------	--

Die Zwischenmitteilung des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung lag vor.

**Punkt 7 der Tagesordnung****Anfragen**

Das Sportamt beantwortete eine Anfrage bezüglich der Schließungszeit des Hallenbades Wolbeck. Danach werde eine für 2014 geplante Sanierungsmaßnahme des Hallenbades auf das nächste Jahr verschoben; eine Schließung werde somit nicht erforderlich.

Neue Anfragen gab es nicht.

**Punkt 8 der Tagesordnung****Verschiedenes**

Frau Groh erläuterte die an den Gewerbeverein Gremmendorf gezahlten Zuschussbeträge für die Anschaffung und Gestaltung der Blumenkübel.

Herr Bensmann erläuterte kurz den Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung eines Bouleplatzes. Herr Kersting kündigte einen interfraktionellen Antrag in dieser Sache zur nächsten Sitzung an.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 19.08 Uhr

gez.  
Dr. Michael Klenner  
Vorsitz

gez.  
Karin Groh  
Schriftführung